



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Stadt Ludwigsfelde
Fachdienst Stadtentwicklung
Rathausstraße 3
14974 Ludwigsfelde

Bearb.: Frau Andrea Barenz
Gesch.-Z.: LFU-TOEB-
3700/25+45#420349/2023
Hausruf: +49 355 4991-1332
Fax: +49 331 27548-2659
Internet: www.lfu.brandenburg.de
Andrea.Barenz@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 27.11.2023

Bebauungsplan Nr. 49 "Wegeverbindung zwischen Ludwigsdorf/Ahrensdorfer Heide und Zentrum/Potsdamer Straße" der Stadt Ludwigsfelde

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 10.11.2023
- Begründung 11/2023
- Planzeichnung, 11/2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Der Fachbereich Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an. Die Belange zum Naturschutz obliegen der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Andrea Barenz

Dieses Dokument wurde am 27.11.2023 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Besucheranschrift:

Von-Schön-Straße 7

03050 Cottbus

Tel: +49 0355 4991-1035

Fax: +49 0331 27548-3308

Hauptsitz:

Seeburger Chaussee 2
14476 Potsdam
OT Groß Glienicke



FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Bebauungsplan Nr. 49 "Wegeverbindung zwischen Ludwigsdorf/Ahrendorfer Heide und Zentrum/Potsdamer Straße" der Stadt Ludwigfelde
Ansprechpartner*In:	Frau Blumberg, Tel.: 0355-4991-1339 TOEB@ifU.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können
(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

b) Rechtsgrundlage

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

1. Sachstand

Antragsgegenstand ist der Bebauungsplan (B-Plan) Nr. 49 „Wegeverbindung Ludwigsdorf/ Ahrensdorfer Heide – Potsdamer Straße/Zentrum“, Stadt Ludwigsfelde. Der B-Plan wird im Regelverfahren ohne Umweltprüfung aufgestellt. Ziel der vorgelegten Planung ist die Schaffung von Planungsrecht für die Herstellung einer direkten Rad- und Fußwegverbindung zwischen den Wohngebieten und dem Zentrum von Ludwigsfelde. Im Geltungsbereich werden ausschließlich Verkehrsflächen festgesetzt. Das Plangebiet wird teilweise von Wohnbauflächen begrenzt.

Der vorliegende Bebauungsplan wurde insbesondere nach den Grundsätzen des § 50 BImSchG i.V.m. § 1 Abs. 5 und Abs. 6 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) geprüft. Demnach sollen Flächen unterschiedlicher Nutzung einander so zugeordnet werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen (§§ 1 und 3 BImSchG) auf schutzwürdige Nutzungen weitgehend vermieden und neue Konfliktlagen ausgeschlossen werden.

2. Fazit

Dem geplanten Vorhaben stehen grundsätzlich keine immissionsschutzrechtlichen Belange entgegen. Entlang des Wegeverlaufes befindet sich schutzwürdige Wohnnutzung. Negative Auswirkungen der Planung auf das Schutzgut Mensch sind nach aktuellem Kenntnisstand primär durch baubedingte, temporäre Emissionen (Staub, Erschütterungen und Lärm) zu erwarten. Für die Bauphase sind u.a. folgende Richtlinien zu berücksichtigen:

Minderung von Baulärm auf der Grundlage des § 66 (2) Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG), des Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG) des Landes Brandenburg zum Schutz der Nachtruhe geregelt (§ 10 LImSchG), Verbot der Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz -FTG), 32. BImSchV (Lärmintensive Geräte), Erschütterungsleitlinie gegenüber Einwirkungen auf den Menschen auf Grundlage der DIN 4150-2.

Dieses Dokument wurde am 27.11.2023 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.
--